

Sehr geehrter Herr Obermeister, Frau Bürgermeisterin, Herren Bürgermeister, Gemeinderatskollegen und nicht zuletzt sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf Zuschauerplätzen!

Ludwigsburg ist eine attraktive Stadt. Dies bietet viele Chancen, bringt aber auch Herausforderungen mit sich. So wächst Ludwigsburg weiterhin und dies bedeutet auch, dass wir die Infrastruktur für Kinder und die Mobilität ausbauen müssen. Es geht eigentlich nicht um das ob, sondern um das wie.

Wie können wir Wohnungen schaffen, die zu bezahlbaren Mieten führen und dabei auch ökologische Gesichtspunkte beachten?

Wie können wir unsere Kinder fördern und ihnen eine bestmögliche Bildung zu kommen lassen, unabhängig von Geldbeutel und Wohngegend.

Wie können wir eine Mobilität schaffen, die zu leiseren Straßen führen, an denen Menschen wieder wohnen wollen? Wie können wir die Schadstoffe des Verkehrs wirklich flächendeckend reduzieren und nicht nur punktuell und mit großen technischen Aufwand? Wie können wir wieder Freiräume in der Stadt schaffen, in denen man sich gerne aufhält?

Wie können wir dem Klimawandel begegnen? Wie können wir dem Wandel aktiv entgegen wirken, in dem wir den Ausstoß von Klima schädlichen Gassen reduzieren? Wie können wir die Auswirkungen des Klimawandels reduzieren?

Ich möchte im Folgenden einige Ausführungen zu den genannten Punkten machen:

Wohnungen:

Im Grundgesetz steht „Die Wohnung ist unverletzlich“. Dieses Grundrecht beruht auf dem Gedanken, dass man sich in den eigenen vier Wänden sicher und geborgen fühlen soll und zurückziehen kann. Wenn jedoch Mieterhöhung immer mehr vom monatlichen Geld auffrisst und der Verlust der Wohnung droht, kriecht die Unsicherheit in den eigenen vier Wänden ein und der Rückzugsraum wird zu einem Unsicherheitsraum. Wenn sich die Verkäuferin, der Polizist, der Busfahrer, die einfache Angestellte die Wohnungen nicht mehr leisten können, ziehen sie in das Umland. Die Folge ist noch mehr Verkehr und es entwickelt sich eine einseitige Stadtgesellschaft. Ich sage nicht, dass Ludwigsburg soweit ist, aber wir müssen dem Vorbeugen. Ein erschreckendes Beispiel für eine Fehlentwicklung ist das auch so

fortschrittliche Silicon Valley. Der Teil der Bevölkerung, der lebensnotwendige Dienstleistungen erbringt, kann selbst in einem Umkreis, von dem sie täglich zur Arbeit pendeln kann, keinen bezahlbaren Wohnraum finden. Die Folge ist, sie müssen auf der Straße schlafen. Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig auch günstige Wohnungen sind, deren Preise nicht durch das freie Spiel der Marktkräfte bestimmt werden. Damit dies gelingt, muss die Stadt eine Boden-Bevorratungspolitik betreiben. In dem vorliegenden Haushaltsplan wird auch für das kommende Jahr wie auch für die zurückliegenden Jahre ausgewiesen, dass mehr Fläche für Wohnbau und Gewerbe veräußert als erworben wird. Die Stadt verliert so eine gestalterische Kraft. Besser wäre es hier, die Grundstücke über Erbpacht-Verträge zu vergeben.

Bildung:

Wir sind uns sicherlich alle einig, dass der Bildungserfolg unserer Kinder für die Zukunftsfähigkeit unsere Stadt entscheidend ist. Längst wird allorts betont, wie wichtig die frühkindliche Bildung für den Spracherwerb und den gesamten späteren Bildungserfolg ist. Unserer Kitas sind damit Teil der Daseinsvorsorge und damit eine städtische Kernaufgabe. Hier haben wir als Stadt weiterhin Handlungsbedarf.

Wir wissen aber auch, dass Bildungsgerechtigkeit zugleich eine Grundvoraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Als ein Baustein für Bildungsgerechtigkeit streben wir den kostenlosen Kita-Besuch an. Daher unterstützen wir „Die Linke“ die derzeit laufende Initiative von der SPD auf Landesebene für kostenlose Kitas.

Bei der Entscheidung über den Kita auf der Schlösslesfeld-Wiese wurde uns der langfristige, dringende Bedarf erklärt. Deshalb schieden auch andere, erst langfristig zu realisierende Standorte aus. Nun müssen wir feststellen, dass die Zuschüsse für den Bau bzw. der langfristigen Sicherung von weiteren Kita-Einrichtungen auf die lange Bank geschoben wird. Ist der Bedarf nicht mehr so gegeben?

Noch stärker kommt die Kehrtwende bei den Grundschulen zum Tragen. Reihum wurden in den letzten Jahren fast alle Grundschulen renoviert, saniert und erweitert. Nun sollte auch die Schubart-Grundschule in Eglosheim an der Reihe sein. Plötzlich heißt es, dass kein Geld mehr vorhanden ist. Eine Erfahrung, die den Eglosheimern leider nicht unbekannt ist. Mit der Baumaßnahme wurde bereits mit der Aufstellung von Ersatz-Toiletten

begonnen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die angefangene Maßnahme nicht auch zu Ende gebracht wird.

Mit Nachbesserungen an den Ersatz-Toiletten oder ähnlichen Notlösungen ist der Grundschule nicht geholfen, sondern mit der kompletten Umsetzung des geplanten Anbaus. So wird auch diese Schule zukunftsfähig, denn bis zum Jahr 2025 muss sowieso auch für die Schubart-Schule eine Lösung für den Ganztagesunterricht geschaffen werden.

Wir beantragen deshalb, die Aufnahme des Ausbaus der Schubart-Schule wieder in den Haushaltsplan 2020 aufzunehmen.

Verkehr:

Erleichtert sind wir "Die Linke", dass die Wirrungen und Irrungen mit dem BRT-Bus nun wohl zu Ende sind. Nun konzentriert man sich auf die wesentlichen Dinge: die Beschleunigung des Bus-Verkehrs. Welche Maßnahmen dies im Einzelnen in Ludwigsburg sein werden, muss noch von der Stadtverwaltung dargelegt werden. Die Beschleunigung des Busverkehrs und der bessere Takt ab dem Januar werden den öffentlichen Nahverkehr in der Stadt attraktiver gestaltet. Dies wird aber nicht reichen, um die Verkehrsprobleme in der Stadt dauerhaft zu lösen.

Trotz der Steigerung der Attraktivität des ÖPNV wird es wohl weiterhin oft Klage über die vielen Staus auf unseren Straßen geben. Wir, die Linke, sehen in einem kostenlosen Nahverkehr, der solidarisch finanziert wird eine Lösung, die auch einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Wir unterstützen die Forderung zur Einführung eines 365,-€ Tickets, in der Region Stuttgart, im Kreis Ludwigsburg und in der Stadt Ludwigsburg. Ein wichtiger Zwischenschritt wäre, dass an Samstagen und den verkaufsoffenen Sonntagen ein kostenloser Busverkehr in der Stadt eingeführt wird. Hierdurch könnte ein Chaos, wie wir es zuletzt beim Kastanienbeutel-Fest erlebt haben, reduziert werden.

Wir beantragen deshalb ein kostenloses Stadtticket an Samstagen und den zwei verkaufsoffenen Sonntagen und die entsprechenden Haushaltsmittel für das Jahr 2020 bereitzustellen.

Klimawandel:

Im Sommer werden die Grünstreifen im schneller braun, an den Arbeitsplätzen unter den Dächern wird es unerträglich heiß. Dies sind nur 2 kleine Beispiele für die bereits heute bei uns sichtbaren Auswirkungen des Klimawandels.

Damit die notwendigen Veränderungen von allen mitgetragen werden, ist einerseits eine umfangreiche Informationskampagne notwendig, wie auch eine klimagerechte Finanzierung der Vorhaben andererseits. Es kann nicht sein, dass die Veränderungen alleine über den Preis geregelt werden.

Entscheidungsfreiheit ist bei denen gegeben, die die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. Wer aber mangels Geld nicht entscheiden kann und die Lasten alleine tragen muss, weil er zum Beispiel dies nicht bei der Steuer gelten machen kann, wird den notwendigen Wandel nicht mittragen.

Wir hören in der Diskussion oft „Economy first“. Wenn wir etwas intensiver nachdenken, müssen wir feststellen: Wir betreiben auf einer begrenzten Erde ein Wirtschaftssystem, das auf ständiges Wachstum mit intensiverer Ausbeutung der Ressourcen ausgelegt ist.

Direkt zum Thema Klimawandel stellen wir keinen konkreten Antrag zu dem Haushalt und werden dies im nächsten Jahr auch zur Diskussion über die weitere Strategie der Stadt einbringen.

Finanzierung:

Die vielfältigen Vorhaben sollen auch finanziert werden. In Anbetracht der niedrigen Zinsen können Kredite eine Möglichkeit sein. Allerdings werden in den Jahren auch nach 2023 die Aufgaben und Projekte der Stadt nicht weniger. Dies erschwert eine Kredit-Tilgung in den folgenden Jahren.

Den Nutzen aus einer guten Infrastruktur an Bildung und Nahverkehr haben auch die Wirtschaftsbetriebe in der Stadt. Wir halten deshalb eine Erhöhung des Gewerbesteuersatzes um 15-Punkte auf 400 Punkte einen angemessenen Beitrag, den die Betriebe durchaus leisten können. Ein Vergleich mit anderen Städten wie Esslingen mit 400, Kornwestheim mit 390 und Pforzheim mit 450 und Heilbronn mit 420 Punkten zeigt, dass wir uns hier im Mittelfeld an Steuerhebesätze bewegen.

Zum Schluss möchte ich den Beschäftigten der Stadt danken für Ihre Arbeit in diesem Jahr und hoffe, dass wir mit dem Haushalt eine Grundlage schaffen,

damit sie weiterhin eine gute Arbeit leisten können. Wir werden uns auch dafür einsetzen, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.